

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkzeitung Leipzig
Telephon 13893. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4506**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Vorauszahlung 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleile 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ernstste Krise in der englischen Industrie.

Die Streikbewegung in England.

London, 13. September. Wie Reuter meldet, wird die Krise, die der englischen Industrie droht, immer ernster. Neben dem dauernden Bergarbeiterstreik und der Aussicht auf einen Solidaritätsstreik der Eisenbahner und Transportarbeiter droht eine Krise in der Baumwollindustrie infolge von Lohnunterschieden. Es wird auch von einem Generalstreik gesprochen, der bereits Ende dieser Woche ausbrechen soll. Außerdem steht ein Streik der Elektrizitätsarbeiter von London bevor, die sich mit ihren Kameraden in Nordengland, die gegenwärtig ausgespart sind, solidarisch erklären wollen. Weiter wird eine ähnliche Bewegung unter den Postangestellten gemeldet.

Ein Appell an die amerikanischen Bergarbeiter?

Amsterdam, 13. September. Der Courant meldet aus London: Einer heute aus Washington eingetroffenen Reutermeldung zufolge hat Smilke den amerikanischen Bergarbeiterbund telegraphisch ersucht, am 28. September zugleich mit den britischen Bergarbeitern in Amerika den Streik zu verkünden. Der Meldung zufolge werden die Delegierten des amerikanischen Bundes eine Kommission ernennen, um die Antwort auf das Telegramm Smilkes zu erwägen. In allen englischen Bergwerksbezirken haben die Bergarbeiter verkündet, daß sie in zwei Wochen die Arbeit niederlegen werden. Wie die Viertelmillion Bergarbeiter, die gegen den Streik gestimmt hat, sich verhalten wird, ist ungewiß.

Eine Delegation der russischen Gewerkschaften in Deutschland.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Die Freiheit berichtet über die bevorstehende Entsendung einer Delegation der russischen Gewerkschaften.

Die russische gewerkschaftliche Bewegung hat erst nach der russischen Revolution ihren Aufschwung genommen. Im Februar 1917 zählte Rußland nur einige Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedszahl von einigen tausend Mann. In vier Monaten nach Ausbruch der Revolution erreichte die Zahl der organisierten Arbeiter 1 1/2 Millionen, im Jahre 1918 2 1/2 Millionen, am 1. Januar 1919 3,2 Millionen und im Juli 1920 5,2 Millionen. Durch die Blockade waren die russischen Gewerkschaften von den westeuropäischen Arbeitern abgeschnitten. Erst jetzt ist es möglich, eine Vertretung der russischen Arbeitergewerkschaften in das Ausland zu delegieren. Die Abordnung besteht aus einem Mitglied des Transportarbeiterverbandes, einem Mitglied der Metallarbeitergewerkschaft, einem Mitglied der Textilarbeitergewerkschaft, einem Mitglied der Bergarbeitergewerkschaft und einem Mitglied des Angestelltenverbandes. Außer den Vertretern der großen Gewerkschaften sind in der Delegation auch Mitglieder der Zentrale der Gewerkschaften vertreten, nämlich ein Mitglied des Präsidiums des Zentralrates der Gewerkschaften, Anisjef, Vorsitzender des Petrograder Rates der Gewerkschaften. Die Delegation wollte zuerst England besuchen. Die englische Regierung hat jedoch die Delegation nicht hereingelassen. Den Vertretern der russischen Gewerkschaften wäre es wohl nicht gelungen, nach Westeuropa zu gelangen, wenn sie die Reise vom Murmangebiet nach Norwegen nicht auf ihrem eigenen Dampfer zurückgelegt hätten. Als das Schiff der Sowjetrepublik die norwegischen Gewässer berührte, gestattete die norwegische Regierung nur unter dem Druck der Arbeiterpartei die Einreise nach Norwegen. Von Norwegen begab sich die Delegation nach Deutschland. Zwei der Delegierten fuhrten über Treleborg-Saheln nach Berlin. Die übrigen Delegierten fuhrten mit dem Dampfer von Bergen nach Hamburg, wo sie Montag früh eintrafen, weil sie die Einreiseerlaubnis nach Deutschland noch nicht hatten. Sie wollen ebenfalls nach Berlin. Die Delegation stellt sich zur Aufgabe, die Gewerkschaften Deutschlands mit der Lage des russischen Proletariats in der sozialistischen Sowjetrepublik bekannt zu machen, ebenso mit dem Stand der gewerkschaftlichen Organisation im Lande der proletarischen Diktatur. Die russischen Genossen wollen sich gleichzeitig mit der Lage, den Erfahrungen und Errungenschaften des gewerkschaftlich organisierten Proletariats Deutschlands bekannt machen. Die Delegation hat die größten Städte Norwegens besucht.

Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, dat das Auswärtige Amt im Prinzip keinerlei Bedenken gegen die Erteilung der Einreiseerlaubnis an die russischen Delegierten. Es ist nur infolge einer kleine Differenz entstanden, als bei den Verhandlungen für die Erteilung der Einreiseerlaubnis von russi-

cher Seite eine weit geringere Zahl genannt worden ist, so daß man sich jetzt erst über die weit vergrößerte Zahl von Delegierten verständigen muß.

Vorläufig keine Getreideeinfuhr.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Im Reichsernährungsministerium haben gestern Verhandlungen wegen der Einfuhr von amerikanischem Getreide oder Mehl stattgefunden. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß nach Ansicht des Ernährungsministers eine Einfuhr von Getreide und Mehl nicht stattfinden dürfte und zwar deshalb, weil dadurch die zentrale Erfassung und Verteilung des Broitgetreides gestört würde. Das Ministerium hat sich jedoch bereit erklärt, wieder in Verhandlungen mit den Vertretern der Reichszentrale zu treten, sobald von den amerikanischen Badergenossenschaften neue Unterlagen vorliegen, da das jetzige Angebot infolge der ungünstiger gewordenen Valuta inzwischen gegenstandslos geworden ist.

Angeheuerliche Preistreiberien der Reichshartstoffstelle.

Der Altenburger Zeitung zufolge haben Aufkäufer der Reichshartstoffstelle in Altenburg und Umgebung 270 000 Zentner Hartstoff auf gekauft und dafür pro Zentner 32 Mk. gezahlt, während allgemein in Thüringen kaum mehr als 20 bis 25 Mk. pro Zentner gezahlt wurden. — Gegen solche skandalöse Preistreiberien der Reichshartstoffstelle muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. Alle Tage wird von Regierungsstellen in allen möglichen Tonarten die Notwendigkeit des Preisabbaues betont. Von Unternehmern werden unausgesetzte Lohnreduzierungen verlangt mit der Begründung, daß nur so ein Preisabbau herbeigeführt werden könne und hier werden allgemein übliche Preise durch Reichsstellen in unverantwortlicher Weise in die Höhe gehraubt und so immer neue Lasten auf den Rücken der Arbeiter gehäuft.

Die Bergarbeiter gegen dauernde Ueberschichten.

Röln, 14. September. (U.) Der Gesamtvorstand der Industrie- und Bergarbeiter hielt unter Teilnahme des Verbandsausschusses und sämtlicher Bezirksleitungen in Bochum eine dreitägige Beratung über Bergbau- und Wirtschaftsfragen ab. Hierbei ist u. a. betont worden, daß die Ueberschichten und Ueberschichten keine dauernde Einrichtung sein könnten und die Bergarbeiter sich gegen aggressive Zwangsmassnahmen entschieden zur Wehr setzen würden.

Eine Zentrale für die Spaltung der Partei.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) In der Freiheit erhebt der Genosse Eugen Prager schwere Anklagen gegen eine bestimmte Gruppe der Berliner Partei. In Berlin wurde der Diskussionsklub Adler auf gemacht, der unter dem Vorhild des Genossen Paul Schwenk steht und regelmäßig Versammlungen abhält zu dem Zweck, die Masse der Partei durch Hintertreppentagungen für die Annahme der Moskauer Bedingungen zu gewinnen und die Spaltung der Organisation vorzubereiten. Dieser Klub steht in enger Verbindung mit einer Zentrale, die Referentenmaterial in das ganze Reich verschickt, allerdings nur an die „zuverlässigen“ Genossen. Den Rednern für die Annahme der Bedingungen wird genau vorgegeschrieben, was sie in den Versammlungen zu sagen haben. Das Thema wird in verschiedene Abteilungen zerlegt, den Rednern werden Stichworte für ihre Ausführungen genau zergliedert und in den Mund gelegt. Beigelegt sind Artikel von Däumig, Stöcker, Lenin und Schwenk. Als dringendste Aufgaben werden den Empfängern des Referentenmaterials bezeichnet:

1. In allen Kreisen, Bezirken und Distrikten Versammlungen mit dem Thema: Die 3. Internationale, abzuhalten.
2. Alle als Referenten in Betracht kommenden Genossen einheitlich zusammenzufassen und zu schulen.
3. Ueberall Entschliessungen annehmen zu lassen, die verschiedene abgefaßt, von einheitlichem Geiste getragen sind.
4. Die Entschliessungen sind an die Presse einzusenden und ihr Abdruck zu erzwingen.
5. Die Presse, namentlich die gegen den Anschluß gerichtete, möglichst reichlich mit Artikeln zu versehen. Der Vorzug gehört Beiträgen aus Arbeiterkreisen.

Es wird weiter mitgeteilt, daß Material laufend überwiesen werde und schließlich zwei Entwürfe der Resolution beigelegt, die den Parteiverfassungen zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen. Wie Genosse Prager weiter mitteilt, wurde nach eingehender Diskussion mit 42 gegen 10 Stimmen die eine Resolution im Wortlaut angenommen.

Das Ergebnis der Landesversammlung der sächsischen U. S. P.

Die Debatten auf der soeben beendeten Landesversammlung der U. S. P. Sachsens waren, wie das vorauszusehen war, überwiegend beherrscht von den durch die Moskauer Bedingungen gestellten Problemen. Erstreckt für alle diejenigen, die überzeugt sind von der Unmöglichkeit, die einer primitiven Auffassung entsprechenden, nur für ein in der gesellschaftlichen Entwicklung noch rückwärts liegendes Lande erfüllenden Forderungen, für die Arbeiterklassen der ökonomisch fortgeschrittenen Länder anzuerkennen, ist die am Schlusse des ersten Verhandlungstages erfolgte Annahme der Resolution des Landesvorstandes. Diese Resolution soll keine den Beschlüssen des Parteitags und der Parteigenossenschaft vorgehende Entscheidung sein. Sie soll nur klar zum Ausdruck bringen, wie die Verantwortlichen, durch das Vertrauen der sächsischen Parteimitglieder berufenen Vertreter über die für die deutsche Partei und darüber hinaus für das Weltproletariat äußerst verhängnisvollen Moskauer Bedingungen denken. Das geht auch aus dem Wortlaut hervor, durch den dem deutschen Parteitag empfohlen wird, die Aufnahmebedingungen abzulehnen, weil sie nicht den Weg zeigen, auf dem „eine aktionsfähige, sozialistische revolutionäre Internationale geschaffen werden kann“. Deshalb war die von einigen hänglichen Gemüthern nach der Abstimmung abgegebene Erklärung hinfällig, sie hätten nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern nur, um den Bezirken nicht vorzugreifen, gegen die Entschliessung gestimmt. Es ist sogar erwünscht und im Interesse der Partei dringend notwendig, daß durch eine weitere Diskussion in den Kreisen der Mitglieder eine Klärung herbeigeführt wird. Die von der Landesversammlung angenommene Resolution soll dabei richtunggebend sein. Bei der Stichkraft des Proletariats schwächenden und die Organisation zersetzenden Ministerarbeit der sogenannten Radikalen in der Partei, wäre es unverantwortlich gewesen, wenn die Landesversammlung den Genossen nicht einen Hinweis zur Orientierung gegeben hätte.

Bei der namentlichen Abstimmung standen 45 Stimmen gegen 28. Aber aus den am zweiten Verhandlungstag abgegebenen Erklärungen geht hervor, daß die 28, die gegen den Antrag des Landesvorstandes gestimmt haben, keineswegs alle gewillt sind, das Diktat von Moskau zu schließen. Einige gaben vielmehr zu erkennen, daß sie gleich der Mehrheit die Bedingungen ablehnen. Dadurch wird das Resultat der Abstimmung noch wesentlich korrigiert. Und es kann wohl gesagt werden, daß sich die Landesversammlung mit wenigen Ausnahmen grundsätzlich gegen die Moskauer Zumutung gewendet hat.

Ebenso erfreulich wie das Ergebnis der Abstimmung war aber auch die von dem ersten Willen, der Partei und der Arbeiterklasse zu dienen, getragene Sachlichkeit, mit der die Auseinandersetzungen geführt wurden. Das muß um so schärfer hervorgehoben werden, da es vorteilhaft absieht von der wüsten, die Parteidiskussion vergiftende Art des persönlichen Kampfes, der in den letzten Wochen von gewissen Kreisen innerhalb der Partei zur Methode gemacht worden ist.

Und es wäre nur zu wünschen, daß sich die Genossen im Lande bei der weiteren Aussprache über die Moskauer Thesen die Verhandlungen der Landeskonferenz zum Vorbild dienen lassen.

Die ausführlichen Darlegungen für und wider Moskau haben nicht vermocht, unsere Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Ablehnung der 21 Bedingungen zu erschüttern. Im Gegenteil. Gerade bei der sächsischen Diskussion zeigte sich die ganze Schwäche der Argumente derjenigen, die in der Annahme des Moskauer Diktats das Heil für die deutsche Arbeiterklasse sehen. Hilferding hatte in seinem Referat in vorzüglicher Weise die Konsequenzen gezogen, die die Uebertragung der bolschewistischen Taktik auf die westlichen Länder, die dem utopischen Sozialismus entsprechenden Formen längst überwunden haben, zur Folge haben müßte. Däumig bestritt zwar die Richtigkeit dieser Darlegungen; er vermochte sie aber nicht zu entkräften. Es wurde ihm mit Recht vorgeworfen — und das wird von ihm selbst zugestanden —, daß er fast immer da aufhörte, wenn er seine gegenteilige Auffassung beweisen wollte. Und da, wo er versuchte, die Berechtigung seiner Anschauung an der Hand der historischen Entwicklung zu rechtfertigen, verwickelte er sich in erhebliche Widersprüche und brachte zum Teil Beweise gegen seine Thesen. So, als er die Diktatur innerhalb der eigenen Partei rechtfertigen und die Ursachen für das Versagen der deutschen Revolution darlegen wollte. Ein Zeichen der Schwäche